

associazione delle talpe (Bremen)

Postnazismus, Staatsableitung, Zivilgesellschaft? Über eine notwendige Debatte.¹

DER APPELL, IN ZEITEN VON TRANSFORMATIONSPROZESSEN DAS UNBEHAGEN MIT ANTIDEUTSCHEN UND ANTINATIONALEN KATEGORIEN ZU IHRER REFORMULIERUNG ZU NUTZEN

Spätestens seit der letztjährigen Debatte zwischen der antideutschen *Inex* (Leipzig) und dem antinationalen ...*ums Ganze!*-Bündnis herrschen – wie im bundesweiten Bündnis gegen die Einheitsfeiern in Bremen – parallel zwei Standpunkte vor. Um die Mitte der Nuller Jahre hingegen wäre bei der Beurteilung deutscher Großereignisse durch die linksradikale Antifa noch ein diffuser Minimalkonsens mit eingesickerten antideutschen *basics* erzielt worden, denn (auch wenn vielleicht nicht antideutsch gelabelt): Klar war, dass ernstzunehmende Politik irgendwie dem deutschen Volk den Kampf ansagt. Eine marxistisch-antinationale Betonung eines nationalen Normalzustands à la *GegenStandpunkt* oder *junge linke* galt eher als verbohrt und rückständig. Auch wenn mit antideutscher Analyse erfreulicherweise Marx, Sozialpsychologie und Nationalismuskritik reaktiviert wurden, war diese unbefriedigend und der Versuch von Diskussion irgendwann nicht mehr sinnvolle Szenekritik sondern aufreibender Grabenkampf. Dass solche Abgrenzungsbedürfnisse verloren gegangen sind, heißen wir gut. Denn seit einiger Zeit haben wir Unbehagen sowohl an den antideutschen wie antinationalen Positionen, fühlen uns aber beiden verpflichtet.

Sicher ist die Debatte nicht neu. Neu ist die teilweise herrschende Diskussionsbereitschaft. Neu ist ebenfalls ihr gesellschaftlicher Kontext. Unübersehbar hat sich Deutschlands Nationalbezug gegenüber der Anfangsphase der Berliner Republik verändert. Beherrschten damals Pogrome, rassistische Innenpolitik und ethnisierende Außenpolitik das Bild, dominieren heute der Gestus von Gedenken und Mahnen, der Partynationalismus, das Vorherrschen von multi- vor leitkultureller Integrationspolitik und die Einbindung Deutschlands in Staatenbündnisse. Antideutsche sehen diese Normalität als Versteckspiel und Verdrängungsleistung, die gerade die Aktualität des Völkischen beweise. Die ›neuen

¹ Dieser Text ist in Diskussion innerhalb der *associazione delle talpe* (Bremen) entstanden und stellt die kurze Variante unseres Diskussionspapiers anlässlich der Vorbereitungsbündnisses gegen die Einheitsfeierlichkeiten in Bremen dar. Die lange Variante befindet sich unter: <http://associazione.wordpress.com/>.

Antinationalen« hingegen, selbst KritikerInnen völkischen Denkens, diagnostizieren einen echten Wandel des Nationalbewusstseins, da sich Deutschland zu einem stinknormalen weltmarktkonkurrierenden Nationalstaat transformiere und hauptsächlich antikapitalistisch bewertet werden müsse. Antideutsche Kritik, so ihr Urteil, habe heute den Stellenwert von Skandalisierung und Sozialarbeit am Nationalgedenken.

Das Vertrackte ist, dass beide Argumentationen – gemessen an der Empirie, die Wandel und Kontinuität zugleich zeigt – ihre Berechtigung haben. Natürlich muss sich Theorie an Faktizitäten bewähren. Da Gesellschaftskritik aber die Erkenntnis der Unzulänglichkeit von Positivismus ist, muss sich die Debatte ebenso an den theoretischen Grundannahmen beweisen. Daher soll versucht werden, beide Positionen entlang ihrer theoretischen Referenzen vorzustellen, um anschließend die Problemstellung zu verdeutlichen. Einschränkend werden nur Argumentationen untersucht, die einen Bezug zu Marx herstellen.

Die antideutsche Postnazismustheorie

›Klassisch-antideutsche« Positionen² gelten als wertkritisch, was sie, werden Marx'sche Maßstäbe zugrunde gelegt, nicht sind. Zwar beziehen sie sich auch auf Marx'sche Theoriefragmente, insbesondere die Kritik von Waren-, Geld- und Kapitalfetisch, in ihnen dominiert allerdings das Racket-Theorem der Kritischen Theorie. Antideutsche Untersuchungen gelten besonders Mentalitätsbeständen im NS und der BRD, welche verantwortlich seien für die deutsche Krisenbewältigung, die den Klassenkonflikt durch korporative Aushandlung³ löse und dissoziative Modernitätserfahrung durch völkische Vernichtungspolitik beantworte. Argumentiert wird mit Hilfe der Postnazismus-These, also der Feststellung »strukturellen Fortwesens[s]« »nationalsozialistischer Ideen in und durch die Demokratie«⁴. Weitere Bestandteile der Postnazismus-These⁵ sind ein spezifisch deutscher Arbeitsbegriff, die Verachtung von jüdisch konnotiertem Geld, wahnhaftige Feindprojektionen (insbesondere dem deutschen ›eliminatorischen« Antisemitismus) und der Disposition zum autoritären Charakter. Während die Bevölkerung im NS unter durchgängig von Rackets gelenkter Wirtschaft und autoritärer Staatsführung zum individuellen Aufopfern für das Volk bis zum Tod eingeschworen worden sei⁶, wäre es in der BRD trotz eingeführter freier Wirtschaft und politischem Pluralismus zur »Auflösung des Staatssubjekts Kapital in unendlich viele kleine Staatssubjekte des Kapital« gekommen und damit zur

² Zusammenfassungen wie »wertkritische Antideutsche« sind freilich nur Annäherungen.

³ Korporatismus ist der Begriff für eine Klassenkampf vermeidende Aushandlungspolitik zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

⁴ Grigat, Transformation der postnazistischen Demokratie. In: ders. (Hg), *Transformation des Postnazismus*, Freiburg (2006), 9; 13.

⁵ Wir beschränken uns nur auf die für die Argumentation relevanten Bestandteile.

⁶ vgl. Scheit, *Suicide Attack*, Freiburg (2004), 460ff.

»Verinnerlichung oder Subjektivierung der Volksgemeinschaft«⁷. Behauptet wird, dass sich solcherart monadenartige Volksgemeinschaftsstaatssubjekte auch ohne Befehlsgewalt unter Bedingungen der Vermittlung über den freien Markt, der »unermesslichen diversifizierte[n] Totalität von Waren- und Dienstleistungen«⁸, reproduziere und »Tötungsbereitschaft im Wartestand«⁹ bedeute.

Dies ist auch unter der These der BRD als ›Viertes Reich‹ bekannt geworden. Sie kann Ereignisse wie die Pogrome in Rostock, die faktische Abschaffung des Asylrechts, die Erinnerungspolitik zum Holocaust und die ethnisierende Außenpolitik plausibilisieren. Weil solche Beispiele sich vornehmlich bis Anfang der Schröder/Fischer-Regierung ereignet haben und es schwer wurde, so veränderten Realitäten gerecht zu werden, wurden unter dem *label* des rechten Konsenses Diskussionen über Angemessenheit bzw. Ergänzung des Postnazismus-Konzeptes geführt. »Der Begriff des rechten Konsens«, so das *Bündnis gegen Rechts* (Leipzig) (*BgR*) »orientiert sich an breit geteilten Ideologemen, ... die genau zwischen dem was deutsch und dem was fremd ist zu unterscheiden wissen«. Weil dieser Begriff die Basis wider gibt, »auf der Nazis mit ihrer Ideologie zum ununterscheidbaren Bestandteil des *common sense* werden«¹⁰, akzentuiert er im Gegensatz zur Kontinuitäten betonenden antideutschen Wertkritik Transformationsprozesse. Die Gruppe *Inex* (Leipzig) argumentiert ähnlich. Sie behält Begriffe wie Postnazismus und Korporatismus bei, lehnt das Konzept des ›Vierten Reiches‹ ab und ersetzt Volksgemeinschaft mit ›deutscher Zivilgesellschaft‹, denn jener Terminus erscheine »erst dann adäquat, wenn die Volksgemeinschaft tatsächlich politisch etabliert ist«¹¹. Wenngleich diese neueren antideutschen Argumentationen den Wandlungsprozessen gerechter werden, bleibt das Verhältnis von Transformation und Kontinuität unaufgeschlossen. Letztlich mangelt es ihnen an begrifflicher Tiefe, die sie – auch wenn sie auch in eine hegemonietheoretische Richtung zielen (vgl. letzter Abschnitt) – durch Übernahme klassisch antideutscher Begriffe kompensieren.

Antideutsche Stichwortgeber: Ist Kapitalismus dort, wo er draufsteht?

Die Antideutschen sind daher trotz Unterschiede insgesamt an die Begriffssysteme von Kritischer Theorie, Moishe Postone und Johannes Agnoli angeschlossen.

Der Kritischen Theorie kommt das Verdienst zu, gegen verharmlosende marxistischen Basis-Überbau-konstruierten Faschismustheorien auf die relative Eigenständigkeit von

⁷ Scheit, *Die Meister der Krise*, Freiburg (2001), 102f.

⁸ Nachtmann, Krisenbewältigung ohne Ende. In: Grigat, *Transformation*, a.a.O., 72.

⁹ ISF (*Initiative Sozialistisches Forum*), *Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten*, Freiburg i. Br (2002), 7.

¹⁰ BgR, Die völkische Option. In: *Phase2* 14 (2004).

¹¹ Inex, Nie wieder Revolution für Deutschland. Broschüre (2009), 25f.

Ideologie zu pochen. Problematisch ist allerdings die Grundierung ihrer Theorie durch das Staatskapitalismus-Theorem. Dieses besagt, dass Anfang des 20. Jahrhunderts der liberal-kapitalistische Staat weltweit in eine überlegenere Form des autoritären Staates übergegangen sei. Diese ersetze in systemspezifischer Form (kapitalistisch, faschistisch oder kommunistisch) das krisenhafte freie Spiel der Konkurrenz vollkommen mit politischer Steuerung durch Zwangsarbeit, Auftragsvergabe und Zuweisung von Löhnen und UnternehmerInnenprofiten. Umsetzung finde dies durch Racket-Banden, also mafiösen Verfilzungen aus Politik, Wirtschaft, Justiz, Kultur und Militär. Diese Rackets setzten auch Kulturindustrie in Szene, welche rückwirkend Bedürfnis nach repressiver Reproduktion erschaffe. Weil so nicht nur durch die herrschenden Rackets befreiende Individualität zerstört werde sondern auch von den Unterdrückten selbst, transformiere Gesellschaft zum totalitären System, unter dem alle zu leiden hätten. Ähnlich verhalte es sich bezüglich Antisemitismus: Die »respektablen Rackets unterhalten ihn, und die irrespektablen üben ihn aus«¹² und ermordeten Jüdinnen und Juden, die für sie als Exponenten der abgeschafften Zirkulationssphäre gelten. Im Zeitalter von Kulturindustrie sei »[a]nstelle der antisemitische Psychologie ... das bloße Ja zum faschistischen Ticket getreten«¹³; sinnenleert, aber mit Raserei werde alles verfolgt, was an die eigne Unterdrückung innerer Natur erinnere.

Folge dieser Konzeption ist zum einen, dass der Staat als notwendige Vermittlungsform von Markt und Klassen nicht mehr existiert. Zum anderen ist mit durchgestrichener Zirkulation (»Primat der Politik«) die Gesellschaftsspezifität des Kapitalismus als subjektloser Herrschaft vermittelt über Geld- und Rechtssystem ausgehebelt und einem Marx'schen Zugriff der kritische Stachel gezogen¹⁴. Aus frühen Horkheimer'schen Überlegungen zur kapitalistischen Subjektgenese in *Traditionelle und kritische Theorie* wird eine lineare anthropologische »Urgeschichte der Subjektivität«¹⁵ seit der Homer'schen Odyssee. Auf die Fatalität eines solchen Paradigmawechsels hat Moishe Postone hingewiesen¹⁶. Sein Gegenentwurf, der wieder stärker zum Marx'schen Original geht, birgt andere Probleme. Postone behauptet, Marx in direkter Verbindung zwischen Wert- und Denkform zu rekonstruieren. In *Nationalsozialismus und Antisemitismus* überträgt Postone die Dualität von konkreter und abstrakter Arbeit auf allerlei Phänomene, indem er sie dem fetischisierten

¹² Horkheimer/Adorno, *Dialektik der Aufklärung*. In: Horkheimer, GS 5 (1997), 200.

¹³ Horkheimer/Adorno, a.a.O., 231.

¹⁴ Aufgrund dessen sind die weitsichtigen und sensiblen Gedanken der Kritischen Theorie aus dem falschen Staatskapitalismusparadigma, dem »ausgesparten Zentrum« der Ökonomiekritik, zu filtern (vgl. Rolf Johannes. Das ausgesparte Zentrum. In: Schweppenhäuser (Hg), *Soziologie im Spätkapitalismus*, Darmstadt (1995), 41-87). Was dies für eine kritische Sozialpsychologie, Antisemitismustheorie und Kulturindustrieanalyse zu heißen hat, wäre noch zu entwickeln.

¹⁵ Horkheimer/Adorno a.a.O., 78; zur Kritik vgl. Stefan Breuer, Adornos Anthropologie. In: Leviathan Jg. 12, Opladen (1984), 336-353.

¹⁶ Vgl. Barbara Brigg, Moishe Postone. Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus. In: Bonß/Honneth (Hg), *Sozialforschung als Kritik*, Ffm (1982).

Bewusstsein mal als konkret mal als abstrakt zuordnet. Dergestalt verursacht er Formparallelismen und Kategoriensprünge¹⁷, indem er in deutschen Arbeitsfetisch und Geldhass, verklärte Dorf idylle und hektische Verstädterung, Nationenkollektiv und das Bild des staatsbürgerlichen ›wurzellosten Juden‹, ... unterteilt. All das wirkt durch die Einfachheit und die umfangreiche Anwendbarkeit überzeugend. Jedoch benennt der Marx'sche Begriff von abstrakter Arbeit eine sog. Realabstraktion, die Rede von der Abstraktion der Dorf idylle zur modernen Stadt liegt dagegen auf einer semantischen Ebene.

Auf der von Postone gewählten Ebene muss Antisemitismus und völkischer Antikapitalismus aus den fetischisierten Vorstellungen einer »einfachen Zirkulation« und dem Kapitalfetisch erklärt werden, der nicht Geld selbst oder den Kapitalismus kritisiert sondern nur das zinstragende Kapital, das sich scheinbar selbst vermehrt¹⁸. Damit ist es zu allen anderen Kapitalarten, also nicht nur zum industriellen Kapital sondern auch zum Kaufmannskapital, unterschieden – was ein anderes Ergebnis ist als der pauschale Geldhass, den Postone annimmt¹⁹. Das Vertrackte am zinstragenden Kapital ist, dass bei ihrer Erscheinungsform das Werden von Geld zu mehr Geld ganz ohne Einfluss von Menschen vor sich zu gehen scheint und dadurch die dumpf empfundene kapitalistische Verselbständigung von Gesellschaftssphären auf den Punkt bringt²⁰. Dieser sog. Kapitalfetisch dient sich Verschwörungsdenken an, was sich in der europäischen Tradition mit mittelalterlichem Antijudaismus zum modernen Antisemitismus verbindet – allerdings weniger unmittelbar, als dies Postone suggeriert. Des Weiteren ist an Postone nicht nur seine fehlende Staatsformanalyse problematisch; selbst wie er Staat als Bewusstseinsform behandelt, ist ungereimt. Legt man die Kritik der sog. Staatsillusion zugrunde (s. Staatsableitungsdebatte unten), zeigt sich, dass der Staat bei den Beteiligten als ›konkrete‹ Appellationsinstanz erscheint, die ökonomische Sphäre jedoch als ›abstrakt‹ – also gerade umgekehrt zu Postones

¹⁷ Vgl. Detlev Claussen, *Grenzen der Aufklärung*, Ffm (1994), 245.

¹⁸ Vgl. Michael Heinrich, *Kritik der politischen Ökonomie*, Stuttgart (2004), 186ff; Nadja Rakowitz, *Einfache Warenproduktion*, Freiburg (2000). Die »einfache Zirkulation« in ihrer Funktion als »Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft« (Marx) bezeichnet eine Denkform, die als gerechter, harmonischer Austausch von scheinbar Freien und Gleichen gilt, ohne einen Zusammenhang zur tatsächlichen kategorialen Ungleichheit der Klassen, ihrer blutigen Durchsetzungsgeschichte und zum zinstragenden Kapital herzustellen. So erscheinen Formen des Wirtschaftens wie Produktion, Produktentausch oder Tausch gegen Geld vermeintlich gerecht und natürlich.

¹⁹ Zurecht legt Postone die nationalsozialistische Gegenüberstellung des ‚schaffenden‘ und ‚raffenden‘ Kapitals als Erklärungsziel zugrunde. Diese kann man exemplarisch an Gottfried Feders Schrift *Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes* erkennen (einer Hauptreferenz des NS-Deutschland in Sachen Zinshass), in der es um die Brechung der Zinsfunktion des Geldes geht und bspw. nicht seine Äquivalententauschs- oder Speicherfunktion. Nazi-Aktionen gegen jüdische Großkaufhäuser wie Tietz oder Bamberger sprachen Verstärkungs- und Modernisierungsangst an. Solche Angst, die auch Postone behandelt, müssen entgegen seiner seiner abstrakt-konkret-Dichotomie mit dem Kapitalfetisch analysiert werden. Ebenso wäre der Antisemitismus von Pierre-Joseph Proudhon, den auch Postone behandelt, nicht als allgemeiner Geldhass zu diskutieren, sondern als Hass gegen den Zins; vgl. Rakowitz, a.a.O., 53ff.

²⁰ Karl Marx, *Ökonomische Manuskripte 1863-1867*. In: MEGA II/ 4, Berlin (1992), 662f.

Schluss eines abstrakten *citoyen* und konkreten *bourgeois*. Wenn beides zusammengehen soll, wofür viel spricht, fragt sich wie.

Johannes Agnoli ist für die Antideutschen besonders wegen seiner Korporatismussanalyse interessant geworden. An ihm lässt sich vor allem demonstrieren, wie sehr antideutsche AutorInnen die Staatsformanalyse umgehen. Agnoli hatte sich in die Staatsableitungsdebatte eingemischt und wie alle ProtagonistInnen dort auf die Notwendigkeit der relativen Autonomie des Staates zur Aufrechterhaltung des Klassenantagonismus über die Zirkulationssphäre hingewiesen²¹. Durch die damit erforderliche Regulationsfunktion neige der Staat zu autoritären Mitteln wie korporatistischer Aushandlung, die für den historischen Faschismus charakteristisch sowie für den deutschen Postnazismus weiterhin der kennzeichnende Faktor sei²². Daher tendiere der empirische Einzelstaat zum »realen Kapitalisten«, da dieser aber stets in seine Vermittlerposition zurück müsse, verfilze er nicht mit gesellschaftlichen Schichten²³. Einem Konzept vom »Primat der Politik« ist damit eine Absage erteilt. Konsequenterweise ist mit dieser funktionalen Argumentation für Agnoli die NS-Vernichtungspolitik, die auch eine Zerstörung von Arbeitskräften bedeute, nicht mit kapitalistischer Logik zu begreifen²⁴.

Agnolis Argumentation ist damit antinationalen Argumentationen näher als antideutschen. Dies wird von Clemens Nachtmann aber geflissentlich übersehen und Agnoli zur argumentativen Vorbereitung von Horkheimers Racket-Theorie umgebogen²⁵. Wie Uli Krug scheinen sich Antideutsche insgesamt pauschal von staatsformanalytischen Betrachtungen distanzieren zu wollen, um die Quintessenz von NS und Postnazismus alleinig »im Vorstaatlichen«²⁶ auszumachen. Zwar werden Staatsformanalysen im Stile der Ableitungsdebatte konstitutiv in ihre Untersuchung eingebunden, später aber ihre Grenzen aufgewiesen, um sie dann, wie Gerhard Scheit, völlig fallen zu lassen, oder, wie Stephan Grigat, widersprüchlich nebeneinander her zu führen²⁷. Andererseits übergeht man beständig

²¹ Vgl. Agnoli, *Der Staat des Kapitals*, Freiburg (1995), 35ff.

²² Vgl. Agnoli, Die Verhärtung der politischen Form, in Grigat, *Transformation*, a.a.O. (2003), 18ff.

²³ Vgl. Agnoli, *Der Staat*, a.a.O., 52ff; insb. 73f.

²⁴ Agnoli, Die Verhärtung, a.a.O., 19.

²⁵ Vgl. Nachtmann, *Gesellschaftliche Krise und Gesellschaftsplanung*. In: Bruhn et. al, *Geduld und Ironie*, Freiburg (1995), 67-93.

²⁶ Krug, Mobilisierte Gesellschaft und autoritärer Staat, In: Grigat (Hg), *Transformation*, a.a.O., Freiburg (2003), 93.

²⁷ Vgl. Scheit (*Suicide Attack*, a.a.O., 44ff, 83ff) kommt von der Staatsillusionskritik zur Racket-Theorie, ohne dass ersichtlich ist, warum er sie entwickelt, wenn er sie im Weiteren fallen lässt. Grigat (*Fetisch und Freiheit*, Freiburg (2007), 300ff, 330ff) spielt Postones Fetischkritiken gegen den Funktionalismus der Staatsillusionskritik aus, um widersprüchlich beide im Weiteren beizubehalten (mal abstrakter *citoyen*, mal konkreter StaatsbürgerIn).

Postones kategoriale Ablehnung der Racket-Theorie²⁸ und Franz Neumanns Betonung von Privatkapitalismus im NS, um sie in staatskapitalistische Gedanken einzugemeinden²⁹. Besonders widersprüchlich ist, wie die BRD von Rackets und dem Markt zugleich bestimmt sein soll. Statt sinnvollerweise die Integration von Bewusstseins- mit Staatsformanalyse anzustreben, jagt so bei den Antideutschen ein Kategorienfehler den anderen, während sich in politischen Abgrenzungen einrichtet wird.

Antinationale Bezugspunkte

Während bei den antideutschen Veröffentlichungen Referenzen zahlreich sind, fehlen sie beim ...*ums Ganze*-Bündnis (*UG*) – die wir hier ausschließlich für die ›neue‹ antinationale Position behandeln – gänzlich. Um die Kategorien von *UG* zu rekonstruieren, ist ein Blick in die sog. Staatsableitungsdebatte der siebziger Jahre und besonders in den Beitrag der *Marxistischen Gruppe (MG)* hierzu sinnvoll (heute *GegenStandpunkt*).

In der Staatsableitungsdebatte sollte aus der Marxschen Ökonomiekritik Genese, Notwendigkeit und Gestalt des bürgerlichen Staats sowie seine Spezifik gegenüber feudaler Herrschaft erklärt werden. Hintergrund war die Ermittlung von Gründen für die ausgebliebene Revolution und des Aufbaus eines Terrorismus bekämpfenden ›Polizeistaats‹ durch die SPD. Dabei war Bedürfnis, sich von manipulationstheoretischen traditionell-marxistischen Politikanalysen abzusetzen sowie von Vorstellungen der Möglichkeit einer Humanisierung des Kapitalismus durch demokratische Institutionen.

Wenngleich in dieser Hinsicht ihr Ansinnen der theoretischen Frontstellung der Kritischen Theorie in den dreißiger Jahren ähnelt, war deren Vorgehen höchst verschieden. Zum einen wurde auf höchst begrifflichem Niveau gearbeitet, zum anderen für den Kapitalismus eine notwendige relative Autonomie des Staates festgestellt. Diese Quasi-Neutralität des Staates sei Grundlage der »Staatsillusion«: Weil der Staat alle gleich zu behandeln scheine, werde Einzelnen die Existenz antagonistischer Klassen nicht bewusst. Eine Erklärung war das »Warenhütertheorem«, das besagt, dass die EigentümerInnen ihre Ware nur dann gegenseitig gewaltfrei veräußern können, wenn dies eine dritte Instanz garantiere, eben der Rechtsstaat. In dieser Situation der »einfachen Zirkulation« (die oben angesprochen wurde) werde für die Handelnden nur die Oberfläche eines freien und gleichberechtigten Tausches offensichtlich, nicht aber ihre Reproduktion von Ungleichheit und die blutige Durchsetzungsgeschichte des Kapitalismus, die selbst Grenze des logischen Formenzusammenhangs sei.

²⁸ Vgl. Scheit, *Suicide*, a.a.O., Nachtmann, *Krisenbewältigung*, a.a.O., 62ff.; Schatz/Woeldike, *Freiheit und Wahn deutscher Arbeit*, Münster (2001), 37ff; Ausnahme ist der Verweis von: Grigat, *Fetisch*, a.a.O., 281ff, der allerdings keine Umsetzung findet.

²⁹ Vgl. Scheit, *Suicide*, a.a.O., 188ff; 349ff.

Die *MG*, die als erste marxistische Gruppierung in den Achzigern die Rolle der Nation in der Staatsableitung thematisierte, bestritt in ihrem Beitrag den *formallogischen* Anfang der Staatsableitung, denn es müsse von einer *reellen* Konkurrenzsituation ausgegangen werden³⁰. Da in der reellen Konkurrenzsituation zugleich über die Zirkulation die formell bestimmten klassenspezifischen Einkommensquellen (Lohn und UnternehmerInnengewinn) mitbedacht wären, läge kein Kategorienfehler vor. Auf einer solchen konkreten Ebene aber, so Ingo Elbe richtig, kann weder die Notwendigkeit staatlicher Regulation noch die Form der Konkurrenzbeziehung erklärt werden³¹. Durch die besondere Anlage des Beweises, dem Kurzschluss von Empirie mit Funktionsbestimmungen, ist natürlich wenig überraschend, dass gesellschaftliche Oberfläche ausschließlich als Mannigfaltigkeit funktionaler Beziehungen erscheint. Resultat der Untersuchung ist allerdings eine für die *MG* praktische Beurteilung politischer Oberflächenprozesse, da sie dort, wo Marx fetischtheoretisch hergeleitet von ›Personifikationen ökonomischer Verhältnisse‹ und ›Charaktermasken‹ spricht, tatsächliche Agenten mit mehr oder weniger klaren Interessen einsetzt.

Charakteristisch für Politikbeurteilungen der *MG* ist daher der Rekurs auf Konkurrenz. Bewusstseinsbestimmungen wie das Freud'sche Unbewusste oder der Horkheimer/Adorno'sche autoritäre Charakter seien falsch und reaktionär³². Die Neigung, dem Apparat zu folgen, liegt für die *MG* stattdessen in der schmalen Begründung, dass die Lohnabhängigen den Tausch Arbeitskraft gegen Lohn durch den vordergründigen Vorteil akzeptierten³³. Weil der Staat die Verfolgung aller Sonderinteressen scheinbar garantiere, werde er anerkannt. Analog zur Staatsanalyse deutet die *MG* Nationalismus. Der Staat vertrete nach innen das Prinzip der kapitalistischen Konkurrenz; nach außen auf dem Weltmarkt befinde er sich selbst in Konkurrenz mit anderen Staaten³⁴. Da die eigene Regierung die Angst vor ausländischer Konkurrenz zur Loyalitätssteigerung nutze³⁵, sei Nationalismus für die Beherrschten nur ein nicht klar durchdachter Vorteil. Weil Faschismus und Antisemitismus die lineare Steigerung dieses Modells seien, dürfe man weder das Dritte

³⁰ Vgl. *MG*, Warum scheitern Marxisten an der Erklärung des bürgerlichen Staates? In: dies., *Resultate der Arbeitskonferenz Nr. 1* (1974), 120-170.

³¹ Vgl. Elbe, *Marx im Westen*. Berlin (2008), 350ff. Freilich kann man die logische Analyse mit der Oberfläche der Konkurrenzbeziehungen näher bestimmen. Das Problem eines konkret bestimmten Ausgangspunktes, wie es die *MG* vornimmt, ist, dass man *theoretisch* voraussetzt (kapitalistische Zustände) und beweist, was bereits *konkret* vorliegt (kapitalistische Zustände); so ergeben sich keine *notwendigen* Schlüsse, sondern nur pseudo-logische Beschreibungen des Ist-Zustandes mit der Weihe von Notwendigkeit. Berechtigterweise bringt Elbe diese Argumentation in die Nähe von ökonomistischen Argumentationen.

³² Vgl. *MG*, 5 Thesen gegen die Sozialpsychologie, (1990a) auf: http://www.gegenstandpunkt.com/mszarx/psych/arg/psa_sops.htm, *MG* (Marxistische Gruppe), Die Kritische Theorie des "Subjektiven Faktors" (1990b), auf: auf: http://www.gegenstandpunkt.com/mszarx/psych/arg/psa_subj.htm.

³³ Vgl. *MG*, Warum scheitern, a.a.O., 127f.

³⁴ *MG*, 6 Thesen zur marxistischen Staatsableitung, (o.D.), auf: http://theoriepraxislokal.org/imp/mg_staet.php.

³⁵ Vgl. *MG*, Argumente gegen den Nationalismus. Was es diesmal kostet, ein guter Deutscher zu sein, (1982), auf: http://www.gegenstandpunkt.com/msz/html/82/82_3/nation.htm.

Reich als Willkürherrschaft missverstehen noch deutschen Antisemitismus als intentionale Tat verkennen: Der Akteur der KZs wäre der Nationalstaat mit seinem Gewaltapparat³⁶.

Hat antinational was mit Nationalismus zu tun?

Zentraler Unterschied von *UG* zur *MG* liegt in der Betonung der Eigenständigkeit von Ideologien. Diese Eigenständigkeit ist tatsächlich unverzichtbar, denn im Gegensatz zum Staat kann Nationalismus nicht direkt aus den Formbestimmungen des Kapitals abgeleitet werden. Weil uns bei *UG* dennoch viele der *MG*-Argumente begegnen, kommt es ganz auf die Verbindung von ideologischer Eigenständigkeit und staatlichem Funktionszusammenhang an.

Ebenso kennzeichnend wie bei der *MG* ist für *UG* der Gedanke des Scheins falscher Freiheit durch die Konkurrenzverhältnisse und der schillernde Interessensbegriff³⁷. »Vernichtungskrieg und Holocaust« werden neben vielen anderen Ereignissen als »sichtbare[] Leichenhaufen der kapitalistischen Welt [sic!]« bestimmt, sie seien »nur [sic!] Exzesse ihrer alltäglichen Irrationalität«³⁸. Dass sich dieses System bisher erhalten habe, liege an drei Gründen: Arbeitslohn, Angst vor Krisen und der nationalen Karte als Vorgaukeln falscher eigener Interessen. So habe sich die ArbeiterInnenklasse plump durch »materielle [sic!] Besserstellung« ins Staatskollektiv integriert und die Bourgeoisie bekomme durch ökonomische Krisen die Wichtigkeit des Staates vor Augen geführt³⁹. Ebenso bewegten sich »Ideologien kollektiver Identitäten« – das seien vermeintlich außerökonomische Bestimmungen wie Rasse, Geschlecht und Kultur – nur innerhalb des staatlichen Versprechens auf individuellen Vorteil und würden daher nicht zufälligerweise bei Verteilungskonflikten aufbrechen⁴⁰.

Einzig bei der nationalsozialistischen Unterscheidung vom »schaffenden« und »raffenden« Kapital scheint die Eigenständigkeit von Ideologie auf, indem jene im Stile des Kapitalfetischs (vgl. oben) aus Gründen »projektive[r] Wahrnehmung« und Personalisierung der Jüdinnen und Juden mit dem »Prinzip kapitalistischer Verwertung« erklärt wird⁴¹. Obwohl diese Bestimmung auf Bewusstseinsmomente zielt und *UG* sie dem Alltagsbewusstsein allgemein zugrunde legt, beeilen sie sich, diese als »staatsbürgerliche Alltagswahrnehmung« zu kennzeichnen und unpassend mit Konkurrenz- und

³⁶ So fast wörtlich *GegenStandpunkt*-Autor Karl Held 1994 in seinem Vortrag *Die Logik des Antisemitismus*, auf: <http://www.archive.org/details/VortragberAntisemitismusKarlHeldgegenstandpunkt1994Hannover>.

³⁷ Vgl. *UG, Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit*. Broschüre (2009), Abschnitt 4, 5, 6, 7 und 9.

³⁸ *UG, Staat*, a.a.O., 15.

³⁹ Vgl. *UG, Staat*, a.a.O., Abschnitt 8, 9; Zitate auf ebd., 40, 41.

⁴⁰ Vgl. *UG, Staat*, a.a.O., Abschnitt 14.

⁴¹ Vgl. *UG, Staat*, a.a.O., 79f.; zit., 82.

Interessensargumenten zu umstellen⁴². Beides integrativ einzuholen, funktionalistische und fetischtheoretisch-intentionale Argumente, bleibt also Anspruch. So bleiben die in der manifestartigen Broschüre bemühten historischen Beispiele nur Illustrationen der logischen Ableitbarkeit der Staatsform. Es scheint, dass einzig ein völkisches Deutschland nicht recht zu dieser Ideallinie passt⁴³, weshalb für *UG* wünschenswert wäre, was *UG* dann auch attestiert: dass in der BRD seit ein paar Jahren normalisierter EU-Verfassungspatriotismus vorherrsche.

Woher kommt diese Normalisierungsprognose? Höchstwahrscheinlich bezieht sich *UG* auf die Marx'sche Aussage über den zivilisierenden Charakter des Kapitals, alle Naturverfallenheit – in diesem Fall völkische Naturalisierungen – abzustreifen, so dass das Kapitalverhältnis in seiner gesellschaftlichen Nacktheit überbleibe⁴⁴. Auch wenn ein Wandel des deutschen Nationenbezugs tatsächlich plausibel ist, fragt sich, wohin er geht. Nicht nur lehrt die Geschichte zur Skepsis gegen den Marx'schen teleologischen Optimismus, er ist auch Konzeptionsfehler seiner Theorie⁴⁵. Ebenso zeigt die kapitalistische Durchsetzungsgeschichte, dass der Gleichklang von reinen bürgerlichen Zuständen und kapitalistischem Verkehrsverhältnissen eher Abweichung denn Norm war⁴⁶. Daher ist die Rede von Normalisierung falsch und es ist fragwürdig, ob sie in den weltweiten ethnonationalistischen Separationsvorgängen seit 1989 zu finden ist. Außerdem ist nirgendwo EU-Verfassungspatriotismus in Sicht, stattdessen aber zuhauf Anti-EU-Bewegungen. Sollen das alles nur Anachronismen sein? Mit solcher Sicht zielt *UG* entgegen ihrem Beteuern nicht auf das große Ganze, denn *UG* vergisst die konstitutiven Rahmenbedingungen kapitalistischer Funktionszusammenhänge und damit das, was sie bestimmen wollen: Nationalismus.

Anti-D/-N: Quo vadis?

Die zusammengestellte Kritik an den Kategorien antideutscher und ›neuer antinationaler‹ Theorie zeigt, dass auf ihr aufbauend eine Neuorientierung Not tut. Beide Schulen zeigen unverzichtbare kritische *essentials* und verweisen zugleich wechselseitig auf ihre Lücken. Ebenso wenig wie Marx teilbar ist in Fetischkritik einerseits und Staatsillusionskritik andererseits, muss es daher um eine Integration beider Momente gehen, ohne den Bestandteilen den kritischen Stachel zu ziehen. Zugleich müssen die Grenzen der Marx'schen Kritiken als lokal spezifische historische und tagtägliche Durchsetzungsgeschichte des Kapitalverhältnisses mit einbezogen sein. Dann wird offensichtlich, dass Nationalismen

⁴² Vgl. *UG*, Staat, a.a.O. 79f; zit. 84; Herv. v. mir.

⁴³ Denn die NS-Krisenpolitik sei (historisch? kategorial?) einzigartig – andererseits aber auch kein Zivilisationsbruch; vgl. *UG*, Staat, a.a.O., 82f.

⁴⁴ Marx, *Grundrisse der politischen Ökonomie*. In: MEW 42 (1983), 323f.

⁴⁵ Vgl. Helmut Reichelt, *Neue Marx-Lektüre*, Hamburg (2008), 339ff.

weder auf Funktionszusammenhänge reduziert werden können, noch dass diese in ihrer Reproduktionseigenschaft fehlen dürfen. Ebenso muss der ›subjektive Faktor‹ als konstitutives Moment wie von den objektiven Verhältnissen nachgeschleiftes konzipiert werden. Für reelle Transformationsprozesse werden Begriffe gebraucht, die weder Empirie in eine der Theorie angepasste Ideallinie zurechtstutzen, noch das Proklamieren unsystematischer Beliebigkeit. Für das Problem von Kontinuität und Wandel eignen sich daher weder nur Erklärungen wie – relativ flüchtige – kulturindustrielle Bedürfnisse und Ticketmentalität, noch eine Sozialontologie der Interessen. Auch wenn das einleuchtet, fragt sich, wie so ein Programm umgesetzt werden kann.

Mit dem Konzept des rechten Konsens und deutscher Zivilgesellschaft haben das *BgR* und *Inex* Hegemoniebegriffe in die Debatte eingeführt und damit eigentlich ein neues theoretisches Paradigma. Indem sie so das Medium der Reproduktion von Nationalismus in die Wandlungsprozesse von Institutionen verschieben, stehen sie prinzipiell mit einem Bein in der antideutschen Sphäre fetischisierten Bewusstseins institutioneller Akteure, mit dem anderen Bein in der antinationalen Sphäre staatlich-institutioneller Funktionsnotwendigkeiten. Entsprechend verbinden *BgR* und *Inex* den weltweiten postfordistischen Prozess der Subjektivierung von Arbeit mit Innenpolitik (zivilgesellschaftliche Aktivierung im Antifa-Sommer; Kompensation von Sozialabbau mit antiamerikanischen ‚Heuschrecken‘-Rufen) und Außenpolitik (Holocaustschuld als Begründung für die Umgestaltung zur Interventionsarmee). Ergänzen ließe sich, dass sich die Subjektivierung der Arbeit sowohl auf einen mit ihr verändernden Korporatismus als auch im Popnationalismus niederschlägt (Daniel Keil analysiert ein Wandel vom ›nationalen Wir‹ des Historikerstreits zum ›nationalen Du‹ der ›Du bist Deutschland‹-Kampagne⁴⁷) sowie sich in der Erinnerungspolitik wiederfindet (Subjektivierung des Erinnerns im Stelenfeld des Holocaust-Mahnmals; Vertriebenenzentrum gilt jedes Leid gleichwertig).

Zwar ist ein solcher Paradigmenwechsel reizvoll, da über das Medium Institution der gesuchte Wandel (Subjektivierung), der zugleich Kontinuitäten beinhaltet (›nationales Du‹), Erklärungen findet. Aber auch dieser bringt Probleme mit sich. Erstens hat der Hegemoniebegriff einen Hang zum Empirismus, zum Politizismus und zur Manipulationstheorie, was sich in der entsprechend auftretenden antiamerikanischen Globalisierungskritik beweist⁴⁸. Zweitens wird das Hegemoniekonzept voluntaristisch für

⁴⁶ Vgl. Heide Gerstenberger, Der bürgerliche Staat. In: *associazione delle talpe/Rosa-Luxemburg-Stiftung* (Hg), *Staatsfragen* (2009), 79-85; auf: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls-papers_Staatsfragen_0911t.pdf.

⁴⁷ Vgl. Keil, Die »zarte Wiederentdeckung des Deutschen«. In: *Projektgruppe Nationalismuskritik* (Hg), *Irrsinn der Normalität*, Münster (2009), 20-40.

⁴⁸ Vgl. Ingo Elbe, Thesen zu Staat und Hegemonie in der Linie Gramsci-Poulantzas, (2008c), auf http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/pdf/elbe_staat_hegemonie.pdf. Diese Problematik ist dem *BgR* durchaus bewusst; vgl. Udo Schneider (vom *BgR*), Hello Gramsci. In: *Phase2* 13 (2004).

nicht gerade revolutionäre Freiraumpolitiken verwendet⁴⁹. Drittens ging es dem Begründer des Hegemoniebegriffs Antonio Gramsci staatsillusorisch um die Erringung des Staates⁵⁰; ein weiterer Vertreter, Nicos Poulantzas, leitet die relative Autonomie des Staates nicht ab⁵¹. Viertens sind Mittlerbegriffe, legt man den soziologischen (Neo-)Institutionalismus zugrunde, nicht *per se* geeignet, die Brücke zwischen ›subjektiven‹ und ›objektiven‹ Faktoren zu schlagen – hier ergibt sich eher die Neigung zur Handlungstheorie, die Freiheit und Gleichheit hypostasiert. Fünftens müssten Hegemoniebegriffe im Sinne eines kritischen Adornos positivismuskritisch auf ihren Erfahrungsgehalt gesellschaftlicher Verselbständigung hin untersucht werden, um zu analysieren, ob sich mit ihnen die gesellschaftlichen Vorgänge, die sie beschreiben sollen, nicht nur bewusstlos reartikulieren⁵².

Nach wie vor harrt die Analyse von Deutschland und Nationalismus angemessener Kategorien. Da wir dafür kein Patentrezept haben, zählen wir auf die Fortsetzung der Debatte.

Oliver Barth

Der Autor ist Mitglied der *associazione delle talpe* (Bremen)

⁴⁹ Natürlich ist klar, dass Freiraumpolitiken für eine Anti-Nazi-Politik, aus dessen Kontext das Hegemoniekonzept bei *BgR* entstanden ist, gewisse Berechtigung haben.

⁵⁰ Vgl. Ingo Stützle Stützle, Staatstheorien oder »BeckenrandschwimmerInnen aller Länder, vereinigt euch!«, *associazione delle Talpe/Rosa-Luxemburg-Stiftung* (Hg), *Staatsfragen*, a.a.O., 10-17

⁵¹ Die eben erst begonnene Diskussion um die Möglichkeit der Verbindung von Poulantzas mit dem Staatsillusionskritiktheorem ist daher begrüßenswert; vgl. Ingo Elbe, Rechtsform und Produktionsverhältnisse. In: Urs Lindner et. al (Hg), *Philosophieren unter anderen*. Münster (2008), 226-238; Joachim Hirsch/John Kannankulam, Poulantzas und Formanalyse, in: Lars Bretthauer et. al (Hg), *Poulantzas lesen*, Hamburg (2006), 65-81; Sonja Buckel, Die juristische Verdichtung der Kräfteverhältnisse. In: Lars Bretthauer, *Poulantzas lesen*, a.a.O., 171-187.

⁵² Vgl. Lars Meyer, *Absoluter Wert und allgemeiner Wille*, Bielefeld (2005), 109ff.